

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1922

27.12.1922 (No. 301)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Expedition:
Karlsruher
Straße Nr. 14
Preispächter:
Nr. 953
und 954
Verlagsanstalt:
Karlsruhe
Nr. 3515.

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsanzeiger:
Chefredakteur
C. K. u. d.
Karlsruhe.

Bezugspreis: In Karlsruhe und auswärts frei ins Haus geliefert für Dezember 550 M. — Einzelnummer 20 M. — Anzeigengebühr: 18 M. für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tariflicher Rabatt, der als Kassentabell gilt und veröffentlicht werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsruhe, Karlsruherstraße 14 zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Abrechnung, zwangsweise Beitreibung und Kontroversverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperrung, Auslieferung, Betriebsstörung im eigenen Betriebe oder in denen unserer Lieferanten hat der Inserent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfange oder nicht erscheint. — Für telefonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen.

Amtlicher Teil.

Die Lage des Arbeitsmarktes.

Die Beschäftigung der Arbeitsmarktlage hat weiterhin angehalten. Sowohl die Zahl der Erwerbslosen als der Arbeitsuchenden hat zugenommen. In fast allen Berufsgruppen war die Lage sehr ruhig. Eine verhältnismäßig noch einigermaßen nennenswerte Nachfrage bestand, abgesehen von dem Bedarf an Dienstboten, nach Spezialkräften der Metall- und Maschinenindustrie, des Holzgewerbes und nach Friseurinnen. In der Tabakfabrikation machten sich Anzeichen weiterer Absatzrückgänge bemerkbar. Die in den letzten Wochen in vermehrtem Maße einsehende Entlassungen aus öffentlichen Betrieben nahmen auch in der Berichtswochen ihren Fortgang. Naturgemäß ist bei der derzeitigen Marktlage insbesondere eine Zunahme der arbeitsuchenden ungelerten Arbeiter wahrnehmbar. In der Porzellan- und Schmuckwarenindustrie arbeiten zurzeit infolge Auftragsmangels bei 8 Firmen 400 Personen mit Verkürzung.

Die Gefährdung der deutschen Hochseefischerei.

Von Dr. Frhr. v. Reichenstein-Seestemünde.

Unserer Dampfhochseefischerei droht eine ernste Gefahr. Die Betriebskosten für die Fischdampfer sind in der letzten Zeit, ganz besonders jedoch seit dem vorigen Monat in so ungeheurer Weise gestiegen, daß die Fischdampfer bei weitem nicht in der Lage sind, durch ihre Fangergebnisse die Betriebskosten zu decken. Im Monat November haben bereits eine größere Anzahl von Fischdampferreedereien auf viele Millionen sich verkaufende Verluste zu verzeichnen gehabt, so daß manche derselben bereits gezwungen waren, ihre Dampfer aufzuliegen. Schuld an der Steigerung der Betriebskosten trägt in erster Linie die enorme Erhöhung der Kohlenpreise. Die Tonne Kohlen, die noch im November frei Kohlenbunker der Fischdampfer 18 000 M. kostete, ist heute bereits auf 44 000 M. gestiegen. Da ein Fischdampfer im Monat 150 Tonnen braucht, so müssen für Kohlen allein anfangs 2,7 Millionen im Monat November 6,6 Millionen im Dezember ausgegeben werden. Das ist ungefähr das Dreifache des Friedenspreises. Ganz ähnlich ist es mit den anderen Unkosten, nämlich den Ausgaben für Netz, Öl, Reparaturen, Eis, Probant, Versicherungen, Steuern usw. Im ganzen betragen die Betriebskosten für einen Fischdampfer im Monat heute 12,3 Millionen Mark, das ist das Fünffache der Summe, die dieselben 1914 erforderten. Demgegenüber sind die Einnahmen der Fischdampfer weit zurückgefallen. Im Monat November wurde für das Fund Seefische in der Aktion an der Küste von den Dampfern im Durchschnitt nur 94 M. erzielt, das ist das Sechshundertfache des Friedenspreises. Es wird nun auch jedem Laien ohne weiteres einleuchten, daß man auf der einen Seite für die Ausrüstung eines Fischdampfers nicht das Fünffachhundertfache ausgeben kann, wenn man für die angebotenen Fänge nur den sechshundertfachen Betrag erzielt. Dazu kommt noch, daß in den Monaten November bis Januar einschließlich die Fänge infolge der schlechten Witterung in der Nordsee und unter Island sehr klein sind. Die Folge hiervon sind dann Millionenverluste, die auch die kapitalträchtigste Fischdampferreederei nicht auf längere Zeit hinaus aushalten kann. Es werden also binnen kurzem noch viele Reedereien dazu übergehen müssen, ihre Fischdampfer anzuliegen. Dieser Zustand muß aber im Interesse unserer Volksernährung unter allen Umständen vermieden werden, ganz abgesehen davon, daß auch durch Entlassung der Fischdampfermannschaften die Arbeitslosigkeit unter der Küstenbevölkerung erheblich vermehrt würde. Auf welche Weise diese Gefahren für das Bestehen unserer Dampfhochseefischerei abgewendet werden können, ist schwer zu sagen. Eines muß aber unter allen Umständen gefordert werden. Alle Beschränkungen, die heute noch dem Hochseefischereigewerbe auferlegt sind, müssen fallen! Es muß unter allen Umständen sofort das Ausfuhrverbot für frische Seefische sowohl wie auch das Anlandeverbot im Ausland für mit deutschen Kohlen gebunkerte Fischdampfer aufgehoben werden. Es muß den deutschen Fischdampferreedern ermöglicht werden, einen Teil der Fänge zu höheren Preisen im Ausland zu verkaufen, um dadurch ihren Betrieb aufrecht erhalten zu können. Es ist ja leider eine längst bekannte Tatsache, daß der Deutsche für Seefische nicht dieselben Preise anzulegen gewillt ist, wie für andere wichtige Lebensmittel. Der Seefisch wird nur dann gern gekauft, wenn er sehr billig ist, aber bei diesen Preisen kann die Hochseefischerei nicht bestehen. Während für alle wichtigen Nahrungsmittel wie Milch, Butter, Fleisch, Zucker längst das Kaufverbot im Ausland für mit deutschen Kohlen gebunkerte Fischdampfer aufgehoben werden, soll die Hochseefischerei mit dem Fünf- bis Sechshundertfachen zufrieden sein, womit sie aber nicht auskommen kann. Es ist nun schon oft der Hochseefischerei der Vorwurf gemacht worden, daß sie die mit deutschen Kohlen gemachten Fänge zum größten Teile ins Ausland brächte. Das ist aber durchaus nicht der Fall. Bis Oktober d. J. hat dieselbe von ihrem Gesamtfang nur 20 Prozent, d. i. ein Fünftel, im Ausland gelockt, trotzdem in dieser Zeit noch die Ausfuhr frei war. Nun ist seit dem 25. September die Ausfuhr für Seefische auf dem Landwege verboten und ferner seit Anfang November auch nur noch denjenigen Dampfern gestattet, ihre Fänge

im Ausland zu fischen, die englische Kohle gebunkert haben. Das bedeutet bei dem heutigen Stande unserer Mark und der hierdurch hervorgerufenen Unmöglichkeit, noch englische Kohlen zu kaufen, natürlich daselbe wie ein vollkommenes Ausfuhrverbot. Da aber, wie gesagt, bei den heute in Deutschland auf den Auktionen gezeigten Fischpreisen die Fischdampfer nicht mehr bestehen können, so werden die Reedereien nach und nach den größten Teil ihrer Schiffe stilllegen müssen. Um dies zu verhindern, muß daher im Interesse unseres Volkes geordert werden, daß sofort alle Ausfuhrbeschränkungen aufgehoben werden, denn es ist zweifellos wirtschaftlich viel richtiger, man gestattet der deutschen Hochseefischerei wie früher einen Teil ihrer Fänge im Ausland zu hohen Preisen abzugeben und dadurch ihren Betrieb aufrecht zu erhalten. Auf diese Weise wird dieselbe durch die im Ausland erzielten Überschüsse in die Lage versetzt, auch Deutschland ausreichend mit Seefischen zu versorgen, selbst wenn die hierfür bei uns erzielten Preise die Unkosten nicht decken. Daß dieses bei Aufhebung der Ausfuhrbeschränkungen sicher der Fall sein wird, beweist am besten der Zustand während dieses Sommers, als die Ausfuhr noch frei war. In dieser Zeit waren unsere Seefischmärkte ständig mit reichlichen Zufuhren versorgt. —

Endlich ist es notwendig, noch auf eine Maßnahme hinzuweisen, die mit zur Ursache hat, daß die deutschen Fischhändler nicht mehr für die Fische bezahlen können. Das ist die geradezu alle Beförderungen noch weit übertreffende Frachterhöhung seit 1. Dezember d. J. Köstet im Südgüterverband doch heute ein Fund Seefische von der Küste nach Berlin-Köln-Dröden 30-32 M. allein an Fracht. Diese Frachten müssen auf das allerhöchste wieder mindestens auf die vor dem 1. Dezember d. J. gültigen Sätze heruntergesetzt werden, sonst verhindern sie direkt den Wagnis der Seefische — wenigstens der Westseefische, die ja fast ausschließlich für die Volksernährung in Frage kommen — nach dem deutschen Binnenland.

Werden diese beiden Forderungen — Aufhebung aller Ausfuhrbeschränkungen für Seefische und ganz erhebliche Ermäßigung der Frachten — nicht oder nicht sofort erfüllt, dann steht unserer Dampfhochseefischerei Ende vor der Tür.

Die deutsche Hungerwelt.

Ein Appell an das Weltgewissen.

Die drohende Gefahr, daß unter der wirtschaftlichen Katastrophe der letzten Monate der bisher nur mühsam erhaltene Gesundheitszustand des deutschen Volkes zusammenbricht, hat die ärztlichen Organisationen, die medizinischen Fakultäten und die ärztlichen Organisationsvereine in einer eindringlichen Kundgebung, die in der neuen Aula der Berliner Universität stattfand, durch berufene Vertreter ihre warnende Stimme zu erheben und dem In- und Ausland ein klares Bild der deutschen Notlage vor Augen zu führen. Neben zahlreichen Ärzten hatten sich Vertreter der Behörden des Reiches, der Länder und der Kommunen sowie Parlamentarier und Gewerkschaftsführer eingefunden.

Als erster Referent behandelte, laut „Frankf. Ztg.“ Prof. W. His von der Universität Berlin den Übergang der Lebenshaltung des deutschen Volkes. An Hand eines umfangreichen Zahlenmaterials entwarf er ein erschreckendes Bild unserer heutigen Ernährungslage, die bei der mangelhaften Kaufkraft der Mark durch Einfuhr aus dem Ausland kaum gebessert werden könne.

Nach kaum zwei Jahren fühlbarer Erholung erscheine von neuem das graue Gespenst des Hungers, der als bedächtiger Rödler nicht mit einem Schläge löte, sondern mit langsam wirkendem Gift. Nicht alle Kreise der Bevölkerung seien ihm gleichmäßig verfallen: Die landwirtschaftlichen Produzenten und gewisse Schwerarbeiter lebten noch unter auskömmlichen Verhältnissen, aber andere Arbeiter, der Mittelstand, die Intelligenz und die Sozial- und Kleinrentner seien aufs schwerste bedroht. Vor allem gelte dies für die Jugend, nicht allein in den Großstädten, sondern bis weit hinein in die ländlichen Kreise. Untarmit, Erschöpfung und Mangel würden immer häufiger; vereinzelt seien auch Knochenentzündungen, Hornhautgeschwüre und selbst das gefährliche Hungerödem wieder aufgetreten; ganz erschreckend habe insbesondere die Strupulose wieder zugenommen. Die Kleinlichkeit sei stark zurückgegangen, nachdem Seife sowie Welt- und Leibwäsche Kurus geworden seien. Hautkrankheiten aller Art und zunehmende Verlaufsformen würden aus Schulen gemeldet. Nur mit Grauen könne man an die nächste Zeit denken. Die Schwierigkeiten der Lebenshaltung betrafen überdies das öffentliche Gesundheitswesen noch schwerer, als den Einzelnen. Nur mit Mühe hielten sich die großen Krankenhäuser aufrecht; die Schließung mehrerer größerer Krankenhäuser wurde bereits ernstlich erwohnt. Ein Sechstel aller Säuglingsheime und die Hälfte aller Krüppel-Deutschlands seien bereits geschlossen. Eine wirksame Tuberkulose-Bekämpfung sei angesichts der Wohnungsnot und der unerschwinglichen Heilkosten unmöglich; auch die Seuchenbekämpfung sei bedroht. Die gesamten sozialen Versicherungen drohten ihren Wert zu verlieren und damit gerieten die wichtigsten kulturellen und sozialen Fortschritte der letzten Jahrzehnte in Gefahr. Wir erwarten von den Regierungen des Reiches und der Länder, daß sie tun, was in ihren Kräften steht. Wir verlangen, daß sie den Ärzten in ihrem Kampf gegen die Folgen des Hungers zu Hilfe kommen. Aber auch über die Grenzen hinaus wollen wir das Ausland wissen lassen, wie es bei uns steht!

Geheimer Sanitätsrat Dr. Dippe (Leipzig), der Vorsitzende des Deutschen Ärztevereins, sprach darauf über das Thema „Die deutschen Ärzte“. Der deutsche Arzt am Krankenbett des

deutschen Volkes habe keine beneidenswerte Rolle: Er wolle helfen und könne es nicht. Es sei nicht deutsche Art, um fremde Hilfe zu betteln. Das deutsche Volk verlange nur, daß ihm keine neuen Lasten auferlegt würden. Wir hungern und müssen sich abgeben; wir frieren und müssen Kohle liefern; wir schränken uns immer mehr ein, während sich fremde Truppen häuslich bei uns einrichten und ein unerhörtes Schlemmerleben führen! Es gehört eine wahre Engelsgebild dazu, das alles zu ertragen! Wir rufen dem Ausland zu: Gebt uns frei, dann wollen wir zeigen, wie Deutschland arbeiten kann; dann wollen wir auch die übernommenen Verpflichtungen erfüllen und das kranke Deutschland wieder gesund machen!

Aber „Deutsche Kinder in Not — des deutschen Volkes Schicksalsfrage“ sprach als letzter Referent der ärztliche Beigeordnete der Stadt Köln, Prof. Dr. Krautwig. Nachdem im Jahre 1921 ein erfreulicher Umschwung in den Gesundheitsverhältnissen der deutschen Kinder eingetreten sei, habe die Not und die Unterernährung der letzten Monate dieses Wiederrückfalls von neuem jäh unterbrochen. Die Erkrankungs- zahlen stiegen und in einigen Monaten werde die Sterbeziffer auch dem Mindesten die Augen öffnen über das neue Unglück, das über unsere Kinder hereingebrochen sei, deren schwache Körper vielfach die Spuren des im Kriege erlittenen Hungers nur zu deutlich zeigten. Das Schuldkonto der Not werde erst in den nächsten zehn bis zwanzig Jahren, an der kommenden Generation klar erkennbar sein. Heute erst verheße man den Ausspruch des Herausgebers der „Daily News“, Gardiner: „Es ist traurig, als deutsches Kind geboren zu sein; es ist in eine Hungerwelt hineingeboren und in ein hartes Leben.“ Besonders beklagenswert sei es, daß die Milch für Säuglinge sowie kleine und kranke Kinder nur in völlig ungenügender Menge verfügbar sei. Den Ärzten trete täglich schmerzhaftes Elend vor Augen. Aufs eindringlichste müssen die Behörden vor der Schließung von Krankenanstalten gewarnt werden, denn in der kommenden schweren Zeit werde man jedes Bett benötigen. „Der Leidensweg des deutschen Kindes“, so erklärte Professor Krautwig, „zwingt uns deutsche Ärzte, zu seinem Schutz nicht nur das eigene Volk, sondern auch die Völker der Welt anzurufen.“

Nach einem Schlußwort Geheimrat Rubners fand die Kundgebung mit der Annahme folgender Resolution ihren Abschluß:

„Die deutschen Ärzte, die Hüter der Gesundheit der Gesamtheit und des Einzelnen, halten es für ihre Pflicht, aus ihrer Erfahrung heraus auf die großen Gefahren aufmerksam zu machen, die dem deutschen Volk infolge der stetig zunehmenden Verelendung drohen. Die Folgen zeigen sich jetzt schon und werden sich bald in erhöhtem Maße bei den Kindern und der heranwachsenden Jugend geltend machen. Die Tuberkulose greift immer weiter um sich, Malaria und Blutarmit breiten sich aus, Stomatitis und Hungerödem sind keine Seltenheit mehr. Die Seuchengefahr kann nicht schwer genug eingeschätzt werden. Erliegt Deutschland dieser Gefahr, so ist die ganze Kulturwelt bedroht. Wir rufen unsere Kollegen im Ausland, wir rufen die gesamte Kulturwelt auf, die Dinge mit klaren Augen zu betrachten und sich nicht blenden zu lassen durch die Lebensführung einer dünnen Schicht von Genießlingen. Das Elend ist schon jetzt weit verbreitet und kleine Mittel können wesentliche Änderungen nicht mehr herbeiführen. Die gesamte verzweifelte Wirtschaftslage bedarf gründlicher Umgestaltung. Wir fordern die Welt auf, uns diese Umgestaltung zu ermöglichen.“

Politische Neuigkeiten.

Des Reichskanzlers Weihnachtsgruß.

Reichskanzler Dr. Cuno entbot dem deutschen Volk durch das Wolff-Büro folgenden Weihnachtsgruß:

„Wenn ich denen, die mich um einige Zeilen zu Weihnachten ersucht haben, wie den anderen, die mich zu hören bereit sind, ein Wort zum Fest sagen soll, so kann es kein anderes sein, als ein Wort vom Frieden und ein Wort zum Frieden der Menschen und Völker. Die Welt ist von diesem Frieden noch weit entfernt; auch dieses Weihnachten 1922 ist mehr ein Tag der Mahnung an ihn als seiner Erfüllung. Es gibt kaum ein Volk der Erde, das tiefere Sehnsucht nach Frieden hat als das deutsche Volk. Inmitten der unauflösbaren Unsicherheit der Wirtschaft, die Millionen dem Schicksal der Ungewißheit preisgibt, will es sich mit den ärmlichen Notwendigkeiten des Lebens abfinden; nur Frieden will es und Gerechtigkeit. Das gilt nach innen wie nach außen. Es ist kein Zweifel darüber, daß diese Gerechtigkeit im inneren Wirtschaftsleben eines Volkes schwerer nach erzwingbaren Regeln zu sichern ist als irgendwo sonst. Umso notwendiger ist es, daß ein Anderes einseht, was stärker ist: die tätige Liebe von Mensch zu Mensch, von jedem Einzelnen zum Nächsten und Fernsten, die an Kindern, Greisen, an Kollektenden und Verzweifelten so viel tun kann, und zu der Weihnachten uns mahnt. Nie mehr als jetzt ist eine solche unpolitische, rein menschliche Pflichtbetrachtung zugleich der stärkste politische Dienst an der Nation und ihrer Einheit.“

Rational sein heißt vor allem Liebe zum Volk haben und an seiner Veredlung arbeiten; es heißt unüben Streik begraben oder vertagen; es heißt, das gute Alte berechnen, an die Zukunft glauben und die Gegenwart trauen und nützen. Kann, ja muß nicht in solcher Auffassung der nationalen Pflichten sich gerade jetzt das deutsche Volk zusammenfinden, wo schwere und schwerste Entscheidungen bevorstehen, die der Welt wirklichen Frieden bringen oder versagen werden? Damit wird

Mit einer Beilage: 6. öffentliche Sitzung über die Verhandlungen des Badischen Landtages

zugleich die Entscheidung darüber fallen, ob die Wirtschafts-
kraft Deutschlands vor dem Zusammenbruch gerettet, für uns
und für die Welt nutzbar gemacht, oder ob sie neuerlich zum
Schaden des deutschen Schuldners wie seiner Gläubiger durch
einen politischen Tendenzen dienenden Zwang getrieben wer-
den soll, der gegen den Vertrag von Versailles verstößt und
den hinzunehmen keine vom Volkswillen getragene Regierung
bereit sein kann.

Was immer in unseren Kräften steht, um der Welt schmerz-
liches Unheil zu ersparen und den Weltfrieden zu verwirklichen,
soll geschehen. Wir sind entschlossen, schwere Opfer an Gut
und Geld auf uns zu nehmen, um der Freiheit deutschen
Blutes und um der Gleichberechtigung und der friedlichen Ar-
beit mit anderen Völkern willen. Im besonderen gedenken
wir dabei des Landes am Rhein. Nichts, was deutsches Land
dort noch mehr als bisher unter fremde Macht brächte, kann
Deutschland zuziehen; alles, was aus diesem Zwang zu lösen,
muss es versuchen, bis zu den äußersten Grenzen, die
Wirtschaft und Wahlfähigkeit ihm ziehen. So ist der Dienst
am Frieden des deutschen Volkes und der Welt die Sache, die
wir unter den Christen niederlegen. Weihnachten recht
feiern, heißt, den Willen zu solchem Frieden in allen Häusern
und Hütten und in allen Gotteshäusern stärken und gestärkt
ins neue Jahr zu tragen, im männlichen Glauben an das
Recht unseres Volkes und an den endlichen Sieg der Gerech-
tigkeit.

Poincarés Weihnachtskonferenz.

(Die Zollbarriere — Das trügerische Wortspiel)

Die französische Regierung, die an der Vorbereitung der
Konferenz vom 2. Januar arbeitet, ist auch während der Feiertage
nicht untätig geblieben: Nach dem Vorbild des Großen
Kriegsrates im Elise, der den Aufsatz zur Konferenz von
London bildete, hat Poincaré am Sonntag Vormittag die
Minister der Finanzen, des Wiederbaus und der öffent-
lichen Arbeiten mit ihren Sachverständigen, den Generalkom-
missar für die besetzten Gebiete und andere prominente Ver-
sönlichkeiten zu einer Konferenz zusammenberufen, die, wie
es in dem offiziellen Communiqué heißt, die Frage der Re-
parationen und Pfänder aufs neue eingehend geprüft hat.
Nach den ergänzenden Informationen der Pariser Blätter
soll in diesem Kriegsrat die letzte Hand an den „nunmehr in
allen Einzelheiten ausgearbeiteten französischen Plan zur
wirtschaftlichen Ausbeutung des linken Rheingebietes im Zu-
sammenhang mit der Errichtung einer Zollbarriere zwischen
dem Rheinland und dem Ruhrgebiet einerseits und dem
deutschen Reich andererseits“ gelegt worden sein. „Die
französische Regierung“, — so heißt es dazu im „Matin“ —
„legt den allergrößten Wert darauf, daß dieser Plan richtig
verhandelt werde, nämlich als Beschlagnahme produktiver
Pfänder und nicht etwa als militärische Expedition mit dem
Ziel territorialer Annexionen. Die Mitwirkung der Armee ist
nur insoweit vorgesehen, als es zum Schutze der mit der
Errichtung der Zölle und der Kontrolle der staatlichen Anlagen
betrauten Beamten unbedingt notwendig erscheint.“

Die öffentliche Meinung sowohl in Deutschland wie vor
allem auch in England und Amerika hat sich, wie die „Ref.“
sagt, durch die von Herrn Poincaré in der Kammer
abgegebene Erklärung einfließen lassen, daß die französische
Regierung keine militärische Okkupation des Ruhrgebietes
beabsichtigt. Heute zeigt es sich, daß diese Erklärung ledig-
lich ein Spiel mit Worten war und daß Herr Poincaré in
Wirklichkeit keineswegs auf die Absicht, französische Truppen in
das Ruhrgebiet einmarschieren zu lassen, verzichtet hat. Auch
die im Widerspruch zu den Bestimmungen des Friedensver-
trages aufrechterhaltene Besetzung des Saargebietes durch
französische Truppen ist seinerzeit damit motiviert worden,
daß es sich lediglich um den Schutz der französischen Beamten
und Ingenieure handle. Den letzten Zweifel an den wahren
Absichten der französischen Regierung aber zerstreut eine Mit-
teilung, durch die der „Matin“ heute seine gestrigen Infor-
mationen ergänzt. Danach sind die französischen Sachverständigen
mit der Prüfung der mit der Besetzung des Ruhrgebietes
aufzuwerfenden wirtschaftlichen und finanziellen Probleme
betraut worden, insbesondere mit der Frage der Währung.

Wenn das Ruhrgebiet erst einmal durch eine Zollbarriere
vom übrigen Deutschland getrennt ist — so heißt es in dem
Matin — wird es dann weiterhin von Berlin die enormen
Mengen Papiergeld erhalten können, deren eine Gegend von
so außerordentlicher wirtschaftlicher Aktivität bedarf? Und
wenn dies nicht der Fall sein sollte; in welcher Währung wer-
den sich künftig die geschäftlichen Transaktionen und die Be-
zahlung der Gehälter und Löhne vollziehen? Die Einfüh-
rung des Franken oder einer anderen ausländischen Währung
würde sicherlich auf sehr große Hindernisse stoßen; andererseits
aber bedarf es, um das Ruhrgebiet wirklich produktiv zu ma-
chen, einer gründlichen Reform der unhaltbaren augenbl.

lichen Geldverhältnisse. Das ist die Frage, die gegenwärtig
die Regierung in erster Linie beschäftigt.
Wohar es für die völlige Übereinstimmung der Ab-
sichten Poincarés mit dem famosen Plan Dariaes, in dem die
Ausbeutung der Art und die Schaffung einer finanziellen
Autonomie für Rheinland und Ruhrgebiet als erste Etappe
zu deren Loslösung vom Deutschen Reich bezeichnet werden,
weiterer Beweise?!

In den Kreisen der französischen Öffentlichkeit, die eine
Fortsetzung der Gewaltpolitik gegenüber Deutschland billigen,
hält man es nicht einmal mehr für notwendig, die Tatsache
zu verschleiern, daß die von Herrn Poincaré reklamierten
Pfänder Selbstzweck der französischen Reparationspolitik
geworden sind. Die Meldung von neuen Vorschlägen der deut-
schen Regierung und von der Bereitschaft der deutschen In-
dustrie- und Finanzwelt, die von ihr verlangten Garantien
zu geben, tut der „Temps“ mit der Probe ab, Frankreich
würde durch beratige Versprechungen in keiner Weise sicher-
gestellt und die französische Regierung könne deshalb darin
nicht den mindlichen Anlaß sehen, auf die Ergreifung von
Pfändern zu verzichten. Ob diese Pfänder produktiv seien
oder nicht, sei nebensächlich. Die bisherige Politik habe Frank-
reich nichts eingebracht; deshalb müsse man es nunmehr mit
neuen Methoden versuchen.

Aber die am Sonntag abgehaltene Ministerratssitzung er-
fährt der „Revue Parisienne“ u. a., daß in der Frage der Be-
setzung des Rheinlandes das französische Programm genau be-
grenzt wurde. Namentlich seien die in der bekannten Ministerrat-
sitzung unter dem Vorsitz des Präsidenten Millerand und
auch in Anwesenheit des französischen Rheinlandkommissars
erörterten Einzelheiten der wirtschaftlichen Ausbeutung des
besetzten Rheinlandgebietes besprochen und für die etwaige
Besetzung des Ruhrgebietes, die nicht militärischer, sondern
ökonomischer Art sein soll, Gesichtspunkte aufgestellt worden,
die angeblich nach dem Muster der Völkerbundskontrolle in
Österreich formuliert werden sollen. Die Pariser Blätter glauben
als Ergebnis der Sonntagsitzung feststellen zu können,
daß das französische Programm für die Pariser Konferenz am
2. Januar 1923 ohne alle militärischen Maßnahmen sich
nur auf die Einrichtung neuer Zollgrenzen, sowie einer meist
giblen Verwaltung des Rheingebietes beschränkt werde. Eine
militärische Aktion könne nur in Frage kommen, wenn dies
Deutschland durch seine Haltung notwendig machen würde.
Auf dieser Grundlage sei eine Einigung Frankreichs mit Eng-
land wahrscheinlich, da die englische Regierung gegen eine
Vollständigierung des Ruhrgebietes als Zwangsmaßnahme
gegen Deutschland nichts einzuwenden haben dürfte.

Gegen Frankreichs Vertragsbruch.

Zu der Rede des französischen Ministerpräsidenten Poincaré
im französischen Senat vom 21. Dezember bemerkt das Wolff-
Büro:

Poincaré sagt, daß jedes Zurückbleiben Deutschlands hinter
dem Zahlungsplan des Londoner Ultimatums ein Moratorium
bedeute, und daß der Versailler Vertrag im Falle eines solchen
Zurückbleibens Frankreich das Recht gebe, sich Sicherheiten
und Pfänder zu verschaffen. Poincaré geht damit auf die
vertragsgemäße Grundlage der Reparationspolitik zurück; uns
kann nichts erwünschter sein, als ihm auf diesem Wege zu fol-
gen; denn es ist leicht zu zeigen, daß die von ihm aus dem
Versailler Vertrag gezogenen Folgerungen nicht haltbar sind.
In erster Linie muß immer wieder darauf hingewiesen werden,
daß der Versailler Vertrag nicht nur die Verpflichtung
Deutschlands zur Zahlung der Reparationen begründet, son-
dern zugleich in unabweisbarer Weise das Prinzip festlegt,
daß die Zahlungspflicht ihre Grenze jeweils an der Leistungs-
fähigkeit und an den Lebensmittelnotwendigkeiten Deutschlands
finden soll.

Die Reparationskommission ist nach Artikel 234 des Versailler
Vertrages verpflichtet, periodisch unter Änderung deutscher
Vertreter die Mittel zur deutschen Leistungsfähigkeit festzu-
stellen und erst danach die Zahlungsfristen zu bestimmen. Auch
sollen nach Art. 231 die Ausgaben für die Versorgung Deutsch-
lands mit Lebensmitteln und Rohstoffen sowie die allgemeine
für die Erhaltung der Reparationsfähigkeit Deutschlands not-
wendigen Ausgaben den Vorrang vor allen finanziellen Ver-
pflichtungen aus dem Versailler Vertrag haben. Das Ulti-
matum der Alliierten vom 16. Juni 1919 stellt ausdrücklich
fest, daß die Bestimmung über die Vermeidung der Zahlungs-
unfähigkeit lediglich im Interesse Deutschlands vorgesehen
ist und allein bezweckt, jede Überschreitung seiner Leistungs-
fähigkeit zu verhindern. Darüber, daß die Erfüllung des Lon-
doner Zahlungsplanes die gegebenen Möglichkeiten übersteigt,
ist sich alle Welt einig. Wenn die deutsche Regierung, also
eine Änderung dieses Planes beantragt und Vorschläge für
eine anderweitige Regelung macht, so erbittet sie damit nicht

eine besondere Vergünstigung, deren Gewährung von den Al-
liierten an beliebige Bedingungen geknüpft werden könnte, son-
dern sie macht von dem im Vertrag ausdrücklich vorgesehenen
Recht Gebrauch. Poincaré spricht aber einmal davon, daß
eine Änderung des bisherigen Zahlungsplanes von den Be-
dingungen abhängig gemacht werden könne. Er geht viel weiter
und behauptet, daß Frankreich nach dem Vertrage durch die
bloße Tatsache der Nichtzahlung ohne weiteres in die Lage ver-
setzt werde, sich deutsche Pfänder zu nehmen. Er meint, daß
der Artikel 234 des Versailler Vertrages den Gläubigern
Deutschlands die Befugnis gebe, im Falle der Nichtzahlung
unmittelbar ihren Zugriff auf das deutsche Staatsvermögen
zu nehmen. Der Artikel sagt, und zwar nach der französischen
Fassung, die nach der Meinung Poincarés seiner These gün-
stiger ist als die englische, daß für die deutschen Reparations-
verpflichtungen ein Privileg, das im Falle der Nichtzahlung
auf das deutsche Staatsvermögen beschränkt sein soll. Das bedeutet,
daß die Alliierten ein Recht auf die vorzugsweise Befriedigung
aus dem Vermögen des Reiches und der Länder haben sollen,
daß sie also verlangen können, daß bei Nichterfüllung der deut-
schen Reparationsverpflichtungen das diesem Vorrang unter-
liegende Vermögen mit Vorzug vor anderen Gläubigern zur
Befriedigung ihrer Forderungen zu verwenden ist. In welcher
Weise jedoch eintretendenfalls diese Verwendung zu erfolgen
hätte — und das ist hier der ausschlaggebende Punkt — dar-
über sagt der Vertrag nichts. Rechtlich haben die Alliierten
keinen Einfluß auf die Entscheidung über den Weg der Ver-
wendung; noch weniger haben sie die Möglichkeit, diese Ver-
wendung ihrerseits einseitig dadurch herbeizuführen, daß sie
unter Verletzung der deutschen Souveränität in der einen oder
anderen Form ihren Zugriff auf das Staatsvermögen nehmen.
Artikel 234 hat also keinen anderen Inhalt, als daß er die
Rangordnung der verschiedenen deutschen Gläubiger festsetzt,
er enthält aber nichts von dem Rechte auf eine Zwangsvoll-
streckung. Auch diese Auffassung findet ihre Bestätigung,
weil es angeht, in dem Ultimatum der Alliierten vom
Juni 1919: Dort wird bei der Forderung des Artikels aus-
drücklich von der vorzugsweisen Befriedigung der Repara-
tionsgläubiger gesprochen. Es wird aus dem Artikel für die Al-
liierten lediglich das Recht gefolgert, ihre Befriedigung mit Vor-
recht (par priorité) vor der Regelung aller anderen Schulden
des Reiches oder der deutschen Länder zu erhalten. Selbst
wenn also — was angesichts der deutschen Finanzlage nicht der
Fall ist — eine Verletzung der deutschen Zahlungspflichten vor-
läge, würde sich daraus zugunsten der Forderungspolitik Poincarés
doch keine Rechtsgrundlage ergeben; die Verwirklichung der
Forderungspolitik wäre vielmehr Vertragsbruch und Gewalt.

Es ist in diesem Zusammenhang noch auf einen andern Punkt
hinzuzuweisen. Poincaré stellt offen in Aussicht, daß Frankreich
Pfänder — gegebenenfalls auch ohne die Mitwirkung und Ein-
willigung der anderen Alliierten — in Besitz nehmen werde.
Wenn er das durch den Zusatz zu mildern sucht, daß Frankreich
in einem solchen Falle für gemeinsame Rechnung aller Alliierten
handeln werde, ändert dies doch nichts an der Tatsache, daß
Frankreich gegebenenfalls aus eigener Initiative, allein gegen
Deutschland vorgehen will. Demgegenüber ist zu betonen, daß
ein einseitiges Vorgehen Frankreichs in der Reparationsfrage
schon als solches einen Vertragsbruch bedeuten würde. Weiches
auch die Rechte sind, die der Versailler Vertrag zur Durchfüh-
rung der Reparationen gegenüber Deutschland gibt, besteht
doch kein Zweifel darüber, daß diese Rechte niemals von ein-
zelnen an den Reparationen beteiligten Mächten geltend ge-
macht werden können. Die Durchführung der Reparationen ist
ausschließlich in die Hände der Reparationskommission gelegt.
Keine alliierte Macht kann Reparationsansprüche für sich allein
gegen Deutschland erheben; sie haben sich vielmehr zu diesem
Zweck an die Reparationskommission zu wenden. Ebensovienig
wie aber eine einzelne Macht unmittelbar Reparationsan-
sprüche erheben kann, kann sie für sich allein auch Zwangsmaß-
nahmen zur Durchführung dieser Ansprüche ergreifen, sonst
würde sich die widersinnige Folge ergeben, daß ein Staat An-
sprüche betreiben und durch ein Pfand sichern könnte, die ihm
gar nicht zustehen. Das gilt auch für die Sandabgabe des
Artikels 238, der als allein zuständige Instanz ausdrücklich die
Reparationskommission bezeichnet.

Hermes über die Reparationsfrage.

Reichsfinanzminister Dr. Hermes hat sich zu Vertretern
der Zentrumsprelle über die schwebenden Reparationsverhand-
lungen geäußert. Er warnte eindringlich vor extremen Auf-
fassungen sowohl nach der optimistischen wie nach der pessimis-
tischen Seite hin. Die Regierung werde der Entscheidung
der Reparationsfrage nicht untätig zusehen. Die Ansicht,
Deutschland könne überhaupt nichts zur Lösung der Frage tun,
sei falsch und außerordentlich gefährlich, da sie die Resignation
weiter Kreise fände. Deutschland sei nach wie vor bereit, auch

Deutschland und Europa.

Von Will Scheller.

Ich spüre meine Heimat.
Es lebe Deutschland.

Rafimir Edschmid.

Allzu richtig, wie die deutsche Literaturgeschichtsschreibung zu
den Vorurteilen und Persönlichkeiten ihrer Gegenwart sich
zu stellen pflegt, hat sie den Dichter Rafimir Edschmid als
Vertreter dessen bezeichnet, was unter dem Namen Ex-
pressionismus als revolutionäre Bewegung in den Künsten an-
gesehen wird. In der Tat schien es Edschmid eine Zeit lang
angebracht, mit jenem geistigen Aufbruch zu fühlen und für
ihn einzutreten, in dem er einen Spiegel seiner Zeit und sei-
nes in dieser Zeit so sehr verwurzelten Ich zu sehen glaubte.
Aber schon 1920 hat er in dem einleitenden Aufsatz für den
Katalog einer Kunstausstellung in Darmstadt Unterschiede auf-
gezeigt zwischen dem, was in solchen Erscheinungen wirklich
als epochal zu werten war und dem, was nur mittlere, ohne
inneren Zwang, aus Fertigkeit oder Schwäche, der neuen
Richtung tributpflichtig geworden war. Schon dieser Aufsatz
zeigte, wie verkehrt es ist, den Mann, der übrigens als Erzäh-
ler und Essayist seinen eigenen, dem zeitgebundenen Ichgefühl
entsprechenden Stil suchen ging, einfach als Expressionisten-
führer auszugeben. Diese Verleumdung seines Wesens und
Willens ist gleichwohl weit genug gegangen, um ihn, der wo-
möglich auch noch als undeutscher Literat verschrien wurde,
weil er die Leistungen des Auslandes, wo es nötig ist, aner-
kann, zu einer Konfession großen Formats zu veranlassen.
Er gibt sie in einem Werk, das unter dem Titel „Das
Bücher-Dekameron“ (Erich Reiß, Berlin) Edschmids
gesamte kulturelle und literarische Anschauungsweise zum Aus-
druck bringt und im Bereiche der subjektiven Literaturgeschicht-
schreibung als ein Erzeugnis ersten Ranges betrachtet werden
muss.

Eingeschnitten auf einer Bergtour, monologisiert er einem hollän-
dischen Grandseigneur gegenüber zwei Vormittage und geht
Rückwärts lang über europäische Literatur. Das Buch, zu

dem letzten Ende diese Monologe sich ausgewachsen haben,
weist auf 322 Seiten 785 Namen auf, und wenn in Betracht
gezogen wird, daß mancher davon wiederholt, ja häufig vor-
kommt, könnte es scheinen, als ob es da, in einer Höhe von
mehreren Meterausend über dem Meeresspiegel, um eine recht
lockere Plauderei sich handle. Jedoch, es ist nicht an dem.
Edschmid schreibt nicht Geschichte, sondern schüttet sein Herz
aus, und so kommt er zu den Gegenständen und Fragen nicht
auf Grund eines Systems, sondern aus Anlaß der jeweili-
gen Stimmung. Das gibt der Sache einen erhellenden
Reiz, bestimmt indessen nicht bloß die Anordnung im Ganzen;
vielmehr ist auch alles Einzelne, Kritik und Zustimmung, von
dieser durchaus persönlichen Erregung abhängig. Und so ist
hier keine Belehrung zu erwarten, sondern Erlebnis, zu dem
kein einziger Leser durchweg ablehnend oder beifällig
stehen kann. Edschmids Urteile über Zeitgenossen wie über
Repräsentanten der Vergangenheit muß jeder selbst bearbei-
ten, sie entscheiden auch nicht über den Wert des Werkes, wie
interessant sie an sich auch sein mögen. Und ebensowenig, wie
jemand, der sich oder seine Liebe hier anerkannt findet, hiermit
ein Lob des „Bücherdekamrons“ begründen kann, hat ein an-
derer das Recht, es zu tadeln, weil gewisse Erwartungen für
ihn enttäuscht werden. Es tut nichts zur Sache, ob der Autor
den Zeitgenossen Schwärze höher schätzt als den Klassiker Platen
und von den Holländern redet, ohne deren europäischer Geist,
Verweh, und von den Schweden, ohne deren vollkämmersten
Sänger, Wellman, zu nennen. Dergleichen ist ephemere, und
nur ein mittelmaßiger Kopf entgeht der Fregung. Wichtig
bleibt, was Edschmid im allgemeinen sagt, wie er das Bauwerk
seiner geistigen Grundstücke errichtet. Nur das hat
Anspruch auf öffentliche Beachtung, und freilich in einem nicht
eben geringen Grade. Mögen die Meisten trotzdem wie An-
reisen durch das Buch Irribeln und nach dem Einzelnen suchen,
um sich daran, im Negativen wie im Positiven, zu erhellern:
von Belang ist lediglich, wie der Dichter sich in der „Zerissen-
heit seines Jahrhunderts“ zurechtfindet.

In Deutschland ist gegenwärtig das Kriterium jedes geistigen
Wesens, wie er zwischen dem eigenen Volk und den Fremden
steht, für den literarischen Menschen also, wie er die Lage
zwischen den diesbezüglichen Leistungen der Nationen zu halten
weiß. Nicht vor erblicher Entscheidung ist es, wenn einer sich

auf „Clarité“ versteht oder ein anderer auf Herrn Bartels,
denn es gehört nicht viel Mut dazu, die Augen zu verschließen,
eine selbstberfertigte Anthologie aus Herz zu drücken und zu
sagen: alles andre ist nichts wert. Nein, alles ist wertvoll und
wird nur dann gefährlich, wenn es zum Höheren gemacht wird.
Dann aber bleibt es gleich, wo es gewachsen ist. Und es gibt
einen europäischen Geist, der großmütig und gerecht über den
Niederungen einseitigen Selbstschranken schwebt, aber er ist
nur in einem Land aufzuhaufen, und dies heißt: Deutsch-
land. Die Deutschen sind — so schreibt Edschmid — von
einer rührenden Großartigkeit der Welt gegenüber. Sie
haben den fremden Geistes, von denen sie während des Krie-
ges geschmäht wurden, vergessen, um ihrer geistigen Leistung
willen, vergessen in der Zeit, wo die französische Zeitschriften-
kritik vor Chauvinismus dampft, wo England und die Rasse
verweigert, Rußland kein Interesse als an den Aufbau proletari-
scher Kultur hat. Und wo unsere Freunde in diesen Ländern
ohne Macht gegen die Geschwader der Dummheit und in der
Rinderheit gegenüber den Steuermännern des Hoffes sind.
Der Dreißigjährige Krieg war eine Volksverleumdung der Kul-
turen gegen diesen Wahnsinn. Über Europa? Ein Hohn-
gelächter von Wien bis Athen, von Prag bis Warschau ist die
Antwort. Ein Ahiern des Schwedens vom hochsalutgedück-
ten Haag, vom halbkonkerterten Paris, ein Kattampfeisen vom
anglischen Zürich als Antermelodie. „Trodem!“ „Es lebe
Europa!“ Edschmid sagt: Europa erlangt nur Europa, wenn
man sein Volkstum auf die schönste Spitze treibt, nicht, indem
man es wegwirft. Der Europäer ist der aus der Klarheit und
aus der Vollkommenheit seines Stammesblutes heraus Ge-
formte und nur dadurch Überlegene. Man wird daher nicht
deklamatorisch eines Tages sagen wie der Gallier: Weil Frank-
reich ist, ist Europa. Sondern: vielleicht wird Europa durch
den Deutschen zurückgeführt. Edschmid meintensigst
dieser Hoffnung. Einmal wird der dunkle Lauf des stürmi-
schen Flusses mit den schweren fahrlängenden Wolken in glei-
cher Eintracht und im selben Schwung gehen und sie werden
sich in einer Landschaft von Ruhe, Schwere und jungem Glanz
spiegeln. Die deutsche Zukunftslandschaft ist ewig und voll
großer Geduld. Ihr Bild schiebt sich schon räumlich aus den
liegenden Schatten und den durcheinandergerenden Hängen
zu phantastischer Dichte aufammen. Nicht bei Riquart und nicht